



PROTOKOLLAUSZUG

zum

GEMEINDERAT

am Mittwoch, 12.05.2010

ÖFFENTLICH

TOP 1 Energetikom
- Präsentation der eingegangenen Vorschläge,
Einbringung

Beratungsverlauf:

Eingangs der Beratung weist OBM **Spec** darauf hin, dass es heute nicht um eine Entscheidung gehe, sondern lediglich um die Präsentation und Einbringung der beiden von GETRAG vorgeschlagenen Alternativen. Sodann gibt er einen kurzen Rückblick auf die Entwicklung des Energetikoms. Auf Basis des Stadtentwicklungskonzepts und der Wirtschaftsförderung habe man erkannt, dass dem weiteren Verlust von Produktionsarbeitsplätzen entgegengesteuert werden müsse. Der Bereich Energieeffizienz und erneuerbare Energien erscheine zukunftssträftig. Die Stadt habe sich daher für die Bildung eines Netzwerkes in Form des Energetikomvereins engagiert und wolle in Kooperation mit Investoren und namhaften Partnern innerhalb und außerhalb des Vereins diese Themen weiter vorantreiben. Die Stadt selbst werde hierbei lediglich einen kleineren Teil Ausstellungsflächen anmieten, weshalb die Entscheidung für oder gegen ein Angebot nicht abschließend von der Stadt getroffen werden könne. Hierbei müsse man sich mit den Partnern abstimmen, die selbst unmittelbar das wirtschaftliche Risiko trügen. Weiter bringt er sein Bedauern darüber zum Ausdruck, dass Max Maier sein Angebot zurückgezogen habe. Er betont, dass es seitens der Stadt keine Versäumnisse gegeben habe, die hierfür ursächlich sein könnten. Vielmehr habe es sehr enge Absprachen in einem sehr zielstrebigem Verfahren gegeben.

Anschließend präsentieren Herr **Eckel** und Herr **Lenk** (GETRAG) das Angebot der GETRAG. Herr Eckel gibt einen kurzen Überblick über das Engagement und die Erfahrungen der GETRAG auf dem Feld der E-Mobilität. Nachhaltigkeit sei dem Unternehmen grundsätzlich ein großes Anliegen, weshalb man sich auch über die Chance freue, eine stadtnahe, industrielle Fläche, die derzeit nicht mehr voll genutzt werde, wieder einer zukunftsfähigen Nutzung zuführen zu können. Gerne werde man eine eventuelle Ansiedlung des Energetikoms auf Flächen der GETRAG mit weiteren Aktivitäten im Bereich der Elektromobilität verbinden. Beim Bundeswirtschaftsministerium habe man sich mit verschiedenen Anträgen um Förderungen in diesem Gebiet beworben und man hoffe, das eine oder andere Projekt im Konsortium mit anderen Firmen am Standort Ludwigsburg umsetzen zu können. Herr Lenk erläutert zunächst das Interesse der GETRAG an einer Zusammenarbeit mit dem Energetikomverein. Sodann erläutert er die beiden Untervarianten des Angebotes. Er stellt die angebotenen Standorte an der Solitudeallee und an der Hermann-Hagenmeyer-Straße an Hand von Plänen und Luftaufnahmen vor, zeigt Fotografien des derzeitigen Zustandes der Gebäude und ihrer Geschosse und beschreibt die künftigen Nutzungsmöglichkeiten für das Energetikom. Er geht detailliert auf das geplante Energiekonzept in der Solitudeallee inklusive der Energiebox ein und gibt einen Ausblick auf die für Projektentwicklung und Bau anvisierte Zeitplanung sowie einen möglichen Bezugstermin in rund 2 Jahren. Alternativ weist er darauf hin, dass das Gebäude in der Hermann-Hagenmeyer-Straße sofort verfügbar sei und informiert für beide Alternativstandorte über die mögliche Einbindung in den Straßenraum und das städtische Erschließungssystem. Abschließend betont die Vorteile der Ausbildung einer „green

energy“-Achse entlang der Schwieberdinger Straße, in die auch weitere Partner wie BERU, Gleason-Pfauter und das Werkzentrum West mit eingebunden werden könnten, sowie der Nutzung der Solitudeallee als „e-drive Boulevard“. Sämtliche Konzeptbestandteile seien wichtige Komponenten der „green industry“-Vision der GETRAG, die diese gemeinsam mit dem Energetikomverein und weiteren etablierten Partnern aus der Region am Standort Ludwigsburg realisieren wolle.

Im Anschluss an die Vorstellung der Alternativangebote wird die Präsentation in Papierform an die Gremienmitglieder verteilt.

OBM **Spec** verleiht seiner Freude darüber Ausdruck, dass sich die netzwerkoffene Konzeption der GETRAG mit den Vorstellungen der Stadt decke. In der Frage der Standortalternativen sei die Stadt generell der Auffassung, dass man ein Netzwerk anstreben solle. Einbezogen werden sollten hierbei unter anderem das bereits vorhandene Heizkraftwerk, das Umfeld des Werkzentrums, sowie die strategischen Kooperationspartner Mann und Hummel, Stihl, Gleason Pfauter, BERU und Ziemann. Er betont die Tätigkeitsschwerpunkte und Erfahrungen der genannten Firmen in den Bereichen technologischer Wandel und zukunftsfähige, erneuerbare Energieformen und erläutert die Schnittmengen der beiden Teilbereiche. Aus Sicht der Verwaltung sei es daher wichtig, den Gesamtkontext zu fördern und das Netzwerk in diese Richtung auszubauen. Auf dieser Grundlage wolle man in den folgenden Gremienberatungen das Angebot der GETRAG prüfen und bewerten. Ziel sei es, baldmöglichst eine mit allen Partnern abgestimmte Entscheidung herbeizuführen.

Auf verschiedene Nachfragen aus dem Gremium betont OBM **Spec** nochmals, dass es seitens der Verwaltung keine Unklarheiten oder Verzögerungen gegeben habe, die Max Maier dazu veranlasst haben könnten, sein Angebot zurückzuziehen. Vielmehr habe Herr Geiger vom Referat Nachhaltige Stadtentwicklung mit diesem ständig in telefonischem Kontakt gestanden. Bei der Stadt sei jedoch der Eindruck entstanden, dass Max Maier die Tatsache, dass auch von der GETRAG ein Angebot unterbreitet worden sei, nicht positiv aufgenommen habe. Was jedoch letztlich für den Rückzug ausschlaggebend gewesen sei, könne nur Max Maier selbst erläutern. Auf Anfrage von Stadträtin **Burkhardt** stellt OBM Spec weiter klar, dass die Finanzierung auf Basis der für das bisherige Projekt beschlossenen Lösung erfolgen werde. Die Stadt sei weder investiv noch finanziell beteiligt mit Ausnahme der Anmietung von 400 m² als Ausstellungsfläche. Die restlichen Flächen würden von den beteiligten Partnern direkt angemietet. Sanierungszuschüsse würden von GETRAG keine beantragt. Die Stadt begrüße auch weiterhin das Engagement von Max Maier im Werkzentrum und werde hierfür Zuschüsse der Städtebauförderung bereitstellen. Sein Engagement sei ein wichtiger Baustein in der strategischen Netzwerkarbeit, die auch das Energetikom anstrebe, und werde zu einer zukunftsfähigen Entwicklung der Weststadt beitragen.

Herr **Lenk** ergänzt, dass die Firma GETRAG die notwendigen Umbauten für eine Vermietung und Nutzung als Energetikom-Standort selbst finanziere. Weder Stadt noch Energetikomverein müssten sich hier finanziell engagieren. Dass die Flächen danach auch im Eigentum der GETRAG verblieben und nur vermietet würden, verstehe er auch als Bekenntnis zum Standort Ludwigsburg.

Nachdem sich die Stadträte **Noz, Liepins, Klett-Heuchert, Heer** und **Hillenbrand** danach erkundigen, nimmt Herr **Eckel** Stellung zu der Zukunft der produktiven Arbeitsplätze in Ludwigsburg sowie zur Hallennutzung. Er weist bezüglich des Erhalts der Arbeitsplätze auf die derzeit schwierige Situation auf dem europäischen Markt hin und berichtet, dass man sich derzeit in intensiven Verhandlungen mit der IG Metall bezüglich der Schließungspläne für Ludwigsburg befinde. Eine grundsätzliche Entscheidung hierüber werde voraussichtlich in ein bis zwei Wochen fallen, stehe jedoch in keinem Zusammenhang mit einer Entscheidung für oder gegen das heute unterbreitete Angebot der GETRAG. Was die Nutzung der Hallen angehe, so stellt er für den Fall einer Förderung des Projektes E-Mobilität durch das Bundeswirtschaftsministerium in Aussicht, dass das Projekt inklusive der hierfür notwendigen Entwicklungskapazitäten am Standort Ludwigsburg angesiedelt werde. Dies bedeute allerdings nicht wie von einigen Gremienmitgliedern angefragt eine Auflösung des Standortes Untergruppenbach.

Auf Anmerkung von Stadtrat **Haag**, die Schwerpunkte des Energetikoms hätten sich verschoben – weg von der Vernetzung unterschiedlicher Energieformen insbesondere im Gebäudebereich und hin zum Thema E-Mobilität – hebt OBM **Spec** hervor, dass die Schwerpunkte keineswegs bewusst verlagert worden seien. Vielmehr habe man die Chancen der E-Mobilität erkannt und gleichzeitig neue Kooperationspartner gewonnen, die sich hiermit intensiv befassten. Das Thema E-Mobilität – um das deutschlandweit ein großer Wettbewerb bestehe – in Ludwigsburg ansiedeln zu können, bringe beträchtliche Vorteile für die Stadt mit sich. Optimal sei es, wenn man dieses Thema mit Partnern angehen und in das beschriebene Netzwerk einbetten könne. Selbstverständlich werde man aber auch andere „green energy“-Themen weiter verfolgen.

Für den Energetikomverein nimmt kurz Herr **Lang** Stellung. Er informiert über die Zielsetzung des Vereins, die Interessen aller Beteiligten zu vereinbaren. Das von der GETRAG unterbreitete Angebot sei interessant und nach dem momentanen Planungs- und Gesprächsstand fänden sich darin alle Beteiligten wieder. Auch er betont, dass das Thema E-Mobilität derzeit einen großen Raum einnehme, dass man aber offen für Partner aus allen Bereichen der zukunftsorientierten Energieformen sei.

Nach Abschluss der Aussprache halt OBM **Spec** zusammenfassend fest, dass das Gremium den Standortangeboten der GETRAG grundsätzlich positive gegenüber stehe. Offene Fragen würden im Rahmen der weiteren Beratung in den Ausschüssen geklärt. Eine Entscheidung über die Anmietung von 400m² durch die Stadt solle dann nach den Pfingstferien fallen.

TOP 2 Offensive Innenstadt

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe TOP 2.2.

TOP 2.1 Revitalisierung Marstallcenter - mündlicher Sachstandsbericht

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe TOP 2.2.

Beschluss:

1. Das Referat Nachhaltige Stadtentwicklung wird beauftragt, für das künftige Sanierungsgebiet ASP „Untere Stadt“ Vorbereitende Untersuchungen gem. § 141 BauGB durchzuführen. Maßgebend ist der Lageplan des Fachbereichs Stadtplanung und Vermessung vom Oktober 2009, der als Anlage beigefügt ist.
2. Der Beschluss ist ortsüblich bekanntzumachen und dabei auf die Auskunftspflicht nach § 138 BauGB hinzuweisen.
3. Zur Durchführung der Vorbereitenden Untersuchungen wird die Wüstenrot Haus- und Städtebau GmbH beauftragt.
4. Die derzeit bei der Fipo 2.6151.9690.000 gesperrten Mittel werden in Höhe von 25.000 € freigegeben.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 38 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Dr. Bohn (Urlaub)
Stadtrat Lutz (beruflich verhindert)
Stadtrat Müller

Ja 38 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Einleitend verweist OBM **Spec** auf die Vorberatung des Themas im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt am 22.04.2010 und den dort einstimmig gefassten Empfehlungsbeschluss. Es sei wichtig, dass man im Zusammenhang mit dem Sanierungsgebiet Untere Stadt und auch mit der Entscheidung über die Erweiterung des Breuningerlandes rasch die Voraussetzungen schaffe für eine positive Entwicklung des Marstallcenters und eine Stabilisierung der innerstädtischen Einzelhandelsflächen. Im Schriftwechsel mit der Firma Pirelli und auch in mündlichen Absprachen habe diese darauf hingewiesen, dass sie nicht selbst Investor sein werde. Pirelli werde lediglich versuchen, mit den Eigentümern zu einer Gesamtlösung zu kommen und parallel einen Investor zu finden, der bereit sei die Immobilie zu übernehmen und eine grundlegende Investition zwischen 20 und 30 Mio. € zu tätigen. Er verweist darauf, dass die hierfür notwendigen Gespräche noch nicht abgeschlossen seien und noch intensive Verhandlungen anstünden. Es sei offensichtlich, dass die Immobilie in den vergangenen Jahren durch versäumte Investitionen an Wert verloren habe und dass es für einige Eigentümer von existentieller Bedeutung sei, zu welchem Preis diese ihr Eigentum veräußern könnten. Heute gehe es jedoch insbesondere darum, die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt in einen Beschluss zu fassen um die vorbereitenden Untersuchungen für das Sanierungsgebiet Untere Stadt angehen zu können.

Stadträtin **Burkhardt** erklärt zu Protokoll:

„Uns scheint das Thema schon so wichtig zu sein, dass man heute dazu etwas sagen sollte. Wir stimmen der Vorlage 083/10 gerne zu. Es ist uns aber auch klar, dass dieser Beschluss der erste vorsichtige Schritt in Richtung Sanierung des ältesten Ludwigsburger Stadtgebietes zwischen Lindenstraße und B 27 ist und dass noch viele Schritte folgen müssen, weil in diesem ältesten Sanierungsgebiet das eben angesprochene Marstallcenter sich befindet. Die vorbereitenden Untersuchungen dienen der Vertiefung von bereits vorliegenden Erkenntnissen über strukturelle und städtebauliche Missstände. Dabei stellt sich die Frage – und vielleicht könnte das der eine oder andere Mitarbeiter der Stadtverwaltung noch mal erklären in zwei Sätzen – worin der Unterschied zwischen vereinfachtem und umfassendem Verfahren besteht, das ja inzwischen noch nicht geklärt ist. Die Verwaltung hat in den letzten Diskussionen im BTU und in der Bürgerversammlung deutlich erklärt, dass sie den Zusammenhang zwischen der Sanierung des Marstallcenters und der Sanierung der Mängel im öffentlichen Raum, also den Straßen und Plätzen der Unteren Stadt, nicht aufgeben will. Diese Haltung führt zu vielen offenen Fragen, die unter anderem in der Eigentümerstruktur der Ladenflächen des Einkaufszentrums begründet sind. Dass die Wohnungseigentümer und -mieter lieber heute als morgen bei einer Sanierung mitwirken würden, ist lange bekannt. Vorbereitende Untersuchungen haben im Allgemeinen zur Folge, dass der Gemeinderat das Sanierungsgebiet förmlich festlegt. Das setzt aber wiederum voraus, dass die zügige Durchführung der Sanierungsmaßnahmen innerhalb eines absehbaren Zeitraums gewährleistet ist und dass damit zusammenhängend auch die notwendigen Finanzmittel vorhanden sind. Es ist also auch nach diesem Beschluss noch sehr viel zu klären und zu tun, wenn die heutige Beschlussvorlage kein Papiertiger bleiben soll.“

OBM **Spec** hebt hervor, es sei allen klar, dass es in den nächsten Jahren nicht einfach sein werde, erhebliche zusätzliche Investitionen zu finanzieren. Er habe bereits angekündigt, dass es bis 2013 ein weiteres Konsolidierungspaket von 30 bis 35 Mio. € im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt geben müsse. Man habe aber den Vorteil, dass man in Ludwigsburg nachhaltige Stadtentwicklung – einschließlich solcher prioritärer Maßnahmen wie der heute beschlossenen – im Einklang mit einer nachhaltigen Finanzplanung angehen könne. In einer Zeit dramatischer Steuerausfälle sei dies unbestritten extrem schwierig. Er hoffe jedoch, dass man hierdurch gestärkt aus der Krise hervorgehen könne und man müsse daher in einem bestimmten Umfang Mittel dafür freischaufeln. Diese Diskussion werde man im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen fortführen. Sodann stellt er die Vorl. Nr. 083/10 zur Abstimmung.

TOP 3

Besetzung der Stelle der Fachbereichsleitung
Technische Dienste Ludwigsburg (Fachbereich
68, TDL)

Vorl.Nr. 141/10

Beschluss:

Herr **Hans-Jürgen Schroff**, geboren am 09.06.1964 in Kornwestheim, wohnhaft Troppauerstr. 8 in 70806 Kornwestheim, wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt bei der Stadt Ludwigsburg als Leiter des Fachbereichs Technische Dienste Ludwigsburg eingestellt. Er erhält Entgelt nach Entgeltgruppe 14, Stufe 4 TVöD. Nach erfolgreichem Ablauf der Probezeit wird er auf Grund seiner Vorerfahrungen in die Stufe 5 eingruppiert.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 38 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Dr. Bohn (Urlaub)
Stadtrat Lutz (beruflich verhindert)
Stadtrat Seybold

Ja 38 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Die Bewerber Herr Udo **Ostertag** und Herr Hans-Jürgen **Schroff** stellen sich in alphabetischer Reihenfolge dem Gremium vor. Sie gehen dabei insbesondere auf ihren persönlichen und beruflichen Werdegang ein und erläutern die Gründe für ihre Bewerbung. Im Anschluss an ihre Vorstellung beantworten sie Fragen aus dem Gremium.

Auf Wunsch des Gremiums folgt eine achtminütige Sitzungsunterbrechung.

Nach Ende der Unterbrechung erläutert OBM **Spec** kurz die Durchführung der folgenden Wahlhandlung. Er weist darauf hin, dass jeder Wahlberechtigte 1 Stimme habe und die Stimmabgabe durch Kennzeichnung des Bewerbers auf dem Stimmzettel erfolge. Weiter stellt er fest, dass 38 stimmberechtigte Mitglieder anwesend seien.

Zur Durchführung der Wahl wird ein Wahlausschuss gebildet:

Vorsitzender: Stadtrat Meyer
Beisitzer: Stadträtin Schittenhelm
Stadträtin Haberzeth-Grau

Unter den stimmberechtigten Mitgliedern des Gemeinderats findet sodann unter Verwendung amtlicher Stimmzettel eine geheime Wahl statt. Die Stimmzettel werden in einer Wahlurne eingesammelt.

Nach Abschluss der Wahlhandlung ermittelt der Wahlausschuss das Ergebnis.

Nach Auszählung und Überprüfung der abgegebenen Stimmzettel gibt OBM **Spec** das Wahlergebnis bekannt:

Herr Udo Ostertag	16 Stimmen
Herr Hans-Jürgen Schroff	22 Stimmen

OBM **Spec** stellt daraufhin fest, dass der Bewerber Herr Hans-Jürgen Schroff gewählt sei und gratuliert diesem. Er fragt, ob Herr Schroff die Wahl annehme.

Herr **Schroff** erklärt, er nehme die Wahl an, und bedankt sich für das ihm entgegengebrachte Vertrauen.

Im Anschluss an die Wahl lässt OBM **Spec** den Einstellungsbeschluss fassen.

Dieser wird mit 38 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beschluss:

Frau Karin **Karcheter**, geboren am 06.12.1972 in Münsingen, wohnhaft am Wolfsberg 159 in 71665 Vaihingen/Enz, wird zum nächstmöglichen Termin zur Fachbereichsleiterin für den Bereich Pädagogik beim Fachbereich Bildung, Familie, Sport berufen. Sie wird dazu im Rahmen der Abordnung mit dem Ziel der späteren Versetzung gemäß § 37 Landesbeamtengesetz zunächst für zwei Jahre vom Land Baden-Württemberg zur Stadt Ludwigsburg abgeordnet. Die Stadt Ludwigsburg übernimmt die anfallenden Personalkosten.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Dr. Bohn (Urlaub)
Stadtrat Lutz (beruflich verhindert)
Stadtrat Seybold
Stadträtin Schübler (privat verhindert)

Ja 37 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** gibt einleitend bekannt, dass der Bewerber Herr Phillip Koch seine Bewerbung zurückgezogen habe.

Die Bewerber Frau Nanine **Delmas**, Frau Karin **Karcheter** und Herr Markus **Scheffler** stellen sich sodann in alphabetischer Reihenfolge dem Gremium vor. Sie gehen dabei insbesondere auf ihren persönlichen und beruflichen Werdegang ein und erläutern die Gründe für ihre Bewerbung. Im Anschluss an ihre Vorstellung beantworten sie Fragen aus dem Gremium.

Auf Wunsch des Gremiums folgt eine 15minütige Sitzungsunterbrechung.

Nach Ende der Unterbrechung erläutert OBM **Spec** kurz die Durchführung der folgenden Wahlhandlung. Er weist darauf hin, dass jeder Wahlberechtigte 1 Stimme habe und die Stimmabgabe durch Kennzeichnung des Bewerbers auf dem Stimmzettel erfolge. Weiter stellt er fest, dass 38 stimmberechtigte Mitglieder anwesend seien.

Zur Durchführung der Wahl wird ein Wahlausschuss gebildet:

Vorsitzender: Stadtrat Meyer
Beisitzer: Stadtrat von Stackelberg
Stadtrat Striegel
Stadträtin Schübler

Unter den stimmberechtigten Mitgliedern des Gemeinderats findet sodann unter Verwendung

amtlicher Stimmzettel eine geheime Wahl statt. Die Stimmzettel werden in einer Wahlurne eingesammelt.

Nach Abschluss der Wahlhandlung ermittelt der Wahlausschuss das Ergebnis.

Nach Auszählung und Überprüfung der abgegebenen Stimmzettel gibt OBM **Spec** das Wahlergebnis bekannt:

Frau Nanine Delmas	10 Stimmen
Frau Karin Karcheter	17 Stimmen
Herr Markus Scheffler	11 Stimmen

OBM **Spec** stellt daraufhin fest, dass keiner der Bewerber die nach § 37 (7) der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg erforderliche Mehrheit von mehr als der Hälfte der Stimmen der anwesenden Stimmberechtigten erzielt habe. Unter den beiden Bewerbern mit den meisten Stimmen finde demnach eine Stichwahl statt.

Sodann findet unter Verwendung amtlicher Stimmzettel eine Stichwahl zwischen den Bewerbern Frau Karin Karcheter und Herrn Markus Scheffler statt. Die Stimmzettel werden wiederum in einer Wahlurne eingesammelt.

Der Wahlausschuss ermittelt nach Auszählung und Überprüfung der abgegebenen Stimmzettel erneut das Ergebnis.

OBM **Spec** gibt das Ergebnis der Stichwahl bekannt:

Frau Karin Karcheter	19 Stimmen
Herr Markus Scheffler	18 Stimmen
ungültig	1 Stimme

OBM **Spec** erklärt, dass die Bewerberin Frau Karin Karcheter gewählt sei und gratuliert dieser. Er fragt, ob Frau Karcheter die Wahl annehme.

Frau **Karcheter** erklärt, sie nehme die Wahl an, und bedankt sich für das ihr entgegengebrachte Vertrauen.

Im Anschluss an die Wahl lässt OBM **Spec** den Einstellungsbeschluss fassen.

Dieser wird mit 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

TOP 4.1	Ergänzung zur VorL.NR. 117/10 Besetzung der Stelle Fachbereichsleitung Pädagogik beim Fachbereich Bildung, Familie, Sport	Vorl.Nr. 203/10
---------	---	-----------------

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe TOP 4.

Abweichender Beschluss:

- 1) Die Verwaltung wird beauftragt das Neue Kommunale Haushalts- und Rechnungswesen (NKHR) in der Ludwigsburger Verwaltung flächendeckend zum 01.01.2014 einzuführen, sofern nachgewiesen werden kann, dass für das künftige Verfahren sowohl mit Blick auf die Bindung von Personalressourcen der Verwaltung als auch auf die Verfahrenskosten eine den neuen, zusätzlichen Aufgaben (insbesondere Anlagenrechnung, Bilanzierung) angemessene wirtschaftliche Lösung erreicht wird.
- 2) Die Verwaltung erarbeitet hierzu eine detaillierte Zeit-, Finanz- und Ressourcenplanung und legt diese im Verlauf des 2. Halbjahrs 2010 den Gremien zum Beschluss vor.
- 3) Vor den eigentlichen Arbeiten zur Einführung des NKHR ist zu klären, ob auch weiterhin das bisher verwendete SAP Finanzverfahren in Ludwigsburg zur Anwendung kommen soll. Die Verwaltung wird deshalb beauftragt bestehende Alternativen zu prüfen und die Entscheidungsgrundlagen dem Gemeinderat im 2. Halbjahr 2010 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Beschluss wird mit 31 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Dr. Bohn (Urlaub)
Stadtrat Lutz (beruflich verhindert)
Stadtrat Seybold
Stadträtin Schüßler (privat verhindert)
Stadtrat Juranek (privat verhindert)

Ja 31 Nein 0 Enthaltung 5

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** äußert sich besorgt darüber, dass das Ziel einer höheren Kostentransparenz für die öffentlichen Haushalte mit außerordentlichen zusätzlichen Personal- und Sachkosten verbunden sei. Aus seiner Sicht habe man bei der Diskussion über die Einführung der Doppik bisher verkannt, dass die Kameralistik noch nicht ausgereizt sei und die Kosten- und Leistungsrechnung lediglich ein separates Modul darstelle, das sowohl mit Doppik als auch mit Kameralistik kombiniert werden könne. Nachdem nun jedoch alle Beschlüsse in Richtung Einführung der Doppik gefällt worden seien, spürten all jene, die sich bereits in den Umstellungsphasen befänden, mit welchem hohem Aufwand dies verbunden sei. Die entscheidende Herausforderung an alle Beteiligten sei es jetzt auch, das SAP-Verfahren soweit zu verschlanken, dass zumindest hier die Mehrkosten im Zaum gehalten werden könnten. Zusammenfassend sei es sicher richtig, eine möglichst hohe Kostentransparenz anzustreben und man befinde sich mit den Vorarbeiten auf einem guten Weg in Ludwigsburg. Bevor man diese Maßnahme jedoch endgültig umsetze, müsse man noch in einigen offenen Kostenfragen Sicherheit haben und daher sei der Beschlussvorschlag

der Vorl. Nr. 082/10 auch entsprechend formuliert worden. Abschließend verweist er auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung vom 04.05.2010.

Stadtrat **Herrmann** erklärt, seine Fraktion werde der Vorlage zustimmen, auch wenn er überrascht von den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters sei. Von zahlreichen Vertretern der kommunalen Seite und viele Praktikern sei ihm bestätigt worden, dass bei einer rechtzeitigen und planvollen Einführung der Doppik die Kosten beherrschbar seien und die Vorteile überwiegen. Alle, die diese Maßnahme schon umgesetzt hätten, wiesen jedoch darauf hin, dass es umso teurer werde, je weiter man die Umsetzung hinausschiebe. Wenn man über das Jahr 2014 hinaus abwarte, sei also mit zusätzlichen Mehrkosten zu rechnen. Zudem habe der Landtag eine lange Übergangszeit beschlossen und werde sicherlich das für 2016 festgelegte Einführungsdatum nicht weiter verschieben. Man müsse sich eben rechtzeitig an die Umsetzung machen und auch in Ludwigsburg zielgerichtet die Einführung zum 01.01.2014 angehe. Wenn sich diese dann um ein Jahr verzögern sollte, habe man immer noch etwas Spielraum.

OBM **Spec** teilt die Auffassung, dass eine spätere Einführung der Doppik zu höheren Kosten führen werde, nicht. Bei den Kommunen sei es vielmehr so, dass diejenigen, die zuerst umstellten, verstärkt mit den Problemen von Pilotanwendungen zu kämpfen hätten. Lediglich für die Rechenzentren werde der Aufwand höher, wenn diese über längere Zeit mehrere Anwendungen parallel laufen lassen müssten. Auch der Präsident der Gemeindeprüfungsanstalt habe zwischenzeitlich erklärt, dass man das bestehende Gemeindefinanzrecht nur ergänzt, nicht jedoch den Umstieg auf die Doppik eingeleitet hätte, wenn bereits Anfang der 90er Jahre der damit verbundene Aufwand absehbar gewesen wäre. Aus seiner Sicht habe man verkannt, dass sich die Doppik nicht eins zu eins auf die Besonderheiten eines öffentlichen Rechnungswesens übertragen lasse. Er betont insbesondere die Schwierigkeiten bei der Bewertung des öffentlichen Vermögens und der öffentlichen Einrichtungen, da es für beides keinen Markt gebe.

Stadtrat **Weiss** weist darauf hin, dass in der Doppik andere Kostenträger- und Kostenstellenrechnungen möglich seien. Zudem gebe es durchaus Vereinfachungsverfahren, die man bei Einführung der Doppik anwenden könne.

Stadträtin **Liepins** hofft, dass die Voraussagen der Experten hinsichtlich der Kostentransparenz eintreten, allerdings gebe es auch Stimmen, die dies kritisch sähen. Grundsätzlich werde ihre Fraktion der Vorlage zustimmen.

Stadträtin **Burkhardt** schließt sich den Ausführungen von Stadtrat Herrmann an. Ihre Fraktion halte es für dringend erforderlich, die klaren Kosten eines jeden Projekts darzulegen, weil dies dazu beitragen könne, unnötige Projekte zu verhindern. Die Doppik werde dazu sicher beitragen.

Stadtrat Dr. **Heer** anerkennt, dass auch aus der Kameralistik eine Kostenleistungsrechnung für einzelne Projekte entwickelt werden könne. Allerdings hege auch er die Hoffnung, dass die Doppik durch die Möglichkeit, Zahlungen zu verbuchen, die noch keine Kosten seien, Impulse hin zu unbedachten Ausgaben dämpfen und somit eine Steuerungsfunktion übernehmen könne.

OBM **Spec** legt auf die Feststellung Wert, dass auch in der Kameralistik die Verbuchung von kalkulatorischen Kosten möglich sei. Bisher werde das allerdings nur bei kostenrechnenden Einrichtungen angewandt.

Stadtrat **Glasbrenner** bringt vor, bei Tochtergesellschaften oder Betrieben gewerblicher Art werde in vielen Städten schon heute die Doppik angewandt. Zwei Buchungssysteme parallel laufen zu lassen, mache auf lange Sicht keinen Sinn. Insofern stele sich nicht die Frage, ob man die Doppik einführe. Fraglich sei lediglich, wie tiefgehend die Leistungen bei der Umstellung auf die Doppik erbracht werden müssten. Dort, wo es völlig unwirtschaftlich sei, müsse zur Not auch darauf verzichtet werden können, etwas bis auf den letzten Cent zu bewerten. Positiv sehe er, dass die vorzunehmenden Abschreibungen deutlich machten, wann gewisse Dinge erneuert werden

müssten. Unabhängig hiervon müsse man ohnehin gezwungener Maßen auf die Doppik umstellen, lediglich der Termin sei innerhalb gewisser Grenzen variabel.

Stadtrat **Herrmann** betont nochmals die Vorteile der Doppik. Diese sei durch Abschreibungen und Rückstellungen auch generationengerechter. Zwar seien beide Instrumente auch in der Kameralistik grundsätzlich möglich, jedoch bisher nicht Praxis. Er beantragt, im Beschlussvorschlag den letzten Satz der Ziffer 1 „Sollte dies nicht gelingen, ist die Umstellung zurückzustellen“ zu streichen. Dadurch, dass eine Einführung laut Beschlussvorschlag zum 01.01.2014 nur erfolge, sofern eine angemessene wirtschaftliche Lösung erreicht werde und die Umstellung zum 01.01.2016 ohnehin verpflichtend vorgegeben sei, sei das Zeitfenster bereits ausreichend definiert.

OBM **Spec** betont, dass es nachteilig für die Stadt Ludwigsburg sei, wolle man trotz eventuell erheblicher Mehrkosten krampfhaft zum 01.01.2014 umstellen. Für diesen Fall müsse ein Spielraum für eine Verschiebung innerhalb der gesetzlichen Frist erhalten bleiben und er hoffe, dass man sich hierauf verständigen könne.

Stadtrat **Griesmaier** sieht in der Formulierung der Ziffer 1 des Beschlussvorschlages der Vorl. Nr. 082/10 ohnehin eine *conditio sine qua non*. Sofern zum 01.01.2014 keine wirtschaftliche Lösung erreicht werden könne, müsse man auch bei Streichung des letzten Satzes nicht zwangsweise umsteigen, sondern könne dies noch etwas schieben.

Sodann lässt OBM **Spec** zunächst über den Antrag von Stadtrat **Herrmann**, den letzten Satz der Ziffer 1 des Beschlussvorschlages zur Vorl. Nr. 082/10 zu streichen, Beschluss fassen.

Dieser Antrag wird vom Gremium mit 23 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Dr. Bohn (Urlaub)
 Stadtrat Lutz (beruflich verhindert)
 Stadtrat Seybold
 Stadträtin Schübler (privat verhindert)
 Stadtrat Juranek (privat verhindert)

Im Anschluss lässt OBM **Spec** über den entsprechend modifizierten, abweichenden Beschluss zur Vorl. Nr. 082/10 abstimmen.